



Dauerbaustelle Erkennungsdienst und Gefangenentransport

Obwohl wir als **GdP Hamburg** unsere Bedenken geäußert und uns gegen eine Dezentralisierung des Erkennungsdienstes ausgesprochen haben, lässt sich die Dienststelle nicht davon abbringen. Sie hält an ihrem Vorhaben, den Erkennungsdienst und den Gefangenentransport umzustrukturieren, (noch) fest.

Diese Haltung der Dienststelle ist für uns nicht zu akzeptieren!

Das wesentliche Ziel ist, hier Einsparungen vorzunehmen - koste es was es wolle - ohne sich dabei Gedanken um die sozialen Belange der Kolleginnen und Kollegen zu machen.

Dass dieser Versuch der „Einsparungen“ zu Lasten der Tarifbeschäftigten und der Kolleginnen und Kollegen der Schutz- und Kriminalpolizei geht, scheint die Dienststelle - trotz fundierter Gegenargumente - nicht weiter zu interessieren.

Dazu Tayfun Duman, Vorsitzender des Landesfachbereichs Verwaltung:

„Es ist für uns inakzeptabel, dass bei diesem Vorhaben die Tarifbeschäftigten um ihre berufliche Existenz und um ihr Auskommen fürchten und die Schutzpolizei und der Kriminaldauerdienst mit einer weiteren Arbeitsbelastung rechnen müssen. Denn es ist Fakt, dass mit der Umsetzung dieses Vorhabens die Tarifbeschäftigten durch den Einsatz in anderen Bereichen mit erheblichen Einkommensverlusten zu rechnen haben werden. Und es ist auch Fakt, dass durch die Dezentralisierung des Erkennungsdienstes auf die ohnehin schon unterbesetzten Polizeikommissariate eine weitere Mehrbelastung zukommt.“

Wir als Landesfachbereich Verwaltung fordern die Dienststelle deshalb auf, sowohl den Erkennungsdienst als auch den Gefangenentransport in der jetzigen Form zu belassen, damit die betroffenen Kolleginnen und Kollegen ohne Existenzängste ihre bisherigen Aufgaben weiterhin in gewohnt hervorragender Qualität wahrnehmen können.

Landesfachbereich Verwaltung

Hamburg, 05.07.2013